

Angesichts der angespannten Finanzlage setzen Städte und Gemeinden verstärkt auf die Ausschüttung von Dividenden der kommunalen Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften. So hat die Landeshauptstadt Düsseldorf beispielsweise im Haushaltsplan 2013 9 Mio. Euro einkalkuliert, die aus dem Gewinn der Stadtsparkasse Düsseldorf fließen sollen. 2012 waren es noch 6 Mio. Euro. Die Sparkasse Mönchengladbach wird laut einem Stadtsprecher 2013 für 2012 eine Ausschüttung in Höhe von rund 7,6 Mio. Euro netto vornehmen. Darin enthalten ist eine von zwei Sonderausschüttungen (die nächste erfolgt 2018) in Höhe von 2,5 Mio. Euro.

Da die regulatorisch getriebenen Geschäftsmodelle der Sparkassen für den Geschäftsbetrieb ausreichend Kapital benötigen (Stichwort: Basel III), beschränken Gewinnausschüttungen die Wachstumsfähigkeit und Ertragskraft. Ähnliche Auswirkungen haben auch Gewinnausschüttungen bei anderen kommunalen Unternehmen wie Stadtwerken und Wohnungsbaugesellschaften. Da diese Geschäftsmodelle in der Regel eine hohe Ertragskraft aufweisen, sollten sich Städte und Gemeinden die Frage stellen, warum durch Ausschüttungen auf nachhaltige und in der Regel sehr attraktive Renditen verzichtet werden sollte, wenn zum gleichen Zeitpunkt zu sehr niedrigen Kapitalkosten Fremdkapital aufgenommen werden kann, um damit den Haushalt zu finanzieren.

Bei einer nachhaltigen Investitionssteuerung im Konzern Stadt ist anstelle einer Gewinnausschüttung unter bestimmten Voraussetzungen eine Neuverschuldung sinnvoll. Ein Investitionsprogramm bzw. ein „Nichtausschüttungsprogramm“ dämpft aufgrund der Ertragskraft die Neuverschuldung in den Folgejahren. In einem kalkulierbaren Zeitrahmen wird die Gewinnschwelle erreicht. Die Investitionen wirken sich haushaltssichernd aus – bei gleichzeitigem Substanzaufbau im Beteiligungsportfolio. Im Rahmen einer strategischen Portfolioanalyse werden alle kommunalen Beteiligungen auf ihre Ertragskraft und ihren inneren Wert analysiert, um möglichst vorteilhafte Investitionen zu identifizieren. Diese Erkenntnis erlaubt eine Entscheidung darüber, inwieweit man einzelne Beteiligungen unverändert fortführen, ausbauen oder verändern möchte. Bei der Entscheidung für oder gegen eine Investition sind sowohl das Risikoprofil als auch das Renditeprofil der möglichen Optionen im städtischen Portfolio ausschlaggebend.

DR. CHRISTIAN HÖFELER UND CHRISTOPH DEMMER, DCHP|CONSULTING, SIND MITGLIEDER IM FACHVERBAND ÖFFENTLICHER SEKTOR IM BUNDESVERBAND DEUTSCHER UNTERNEHMENSBERATER BDU E. V.